



Aktenzeichen: Pet 3-19-05-006-041606

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 24.03.2022 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Gesundheit – als Material zu überweisen.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige die Möglichkeit erhalten, sich in ihrem Gastland im Rahmen des Impfprogramms des deutschen Botschaftspersonals gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 impfen zu lassen. Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen vorgetragen, dass es für die Bundesregierung keine unzumutbare Belastung darstelle, im Rahmen des Impfprogramms der Botschaftsangehörigen zusätzlichen Impfstoff für die Auslandsdeutschen zur Verfügung zu stellen. Das Konsulargesetz lasse eine solche Regelung zu. Insbesondere in Regionen, in denen eine Impfmöglichkeit durch die jeweiligen nationalen Bestimmungen in absehbarer Zeit nicht gegeben sein werde, müsse die Bundesregierung deutschen Staatsangehörigen eine solche anbieten. Die Impfung solle kostenpflichtig sein. Es gebe eine beträchtliche Anzahl von im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen. Diese dürften bezüglich der Impfmöglichkeiten nicht übergangen werden. Zu den weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Petition verwiesen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 20 Mitzeichnende an und es gingen fünf Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Gesundheit – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:



Der Petitionsausschuss weist zunächst darauf hin, dass die anfänglich begrenzte Verfügbarkeit von Impfstoffen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 notwendigerweise zur Folge hat, dass nicht alle impfbereiten Personen zeitgleich und flächendeckend Zugang zu einer staatlich gewährten, kostenlosen Impfung haben können. Daher unterstreicht er ausdrücklich, dass vor diesem Hintergrund Auswahlentscheidungen darüber getroffen werden mussten, welche Personen überhaupt einen Rechtsanspruch auf eine Schutzimpfung haben und zudem, welche Personengruppen mit welcher Priorität geimpft werden sollen. Diese Auswahlentscheidungen und Priorisierungen, die im Wesentlichen auf der Impfempfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert-Koch-Institut basieren, wurden für die Bundesrepublik Deutschland in der Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) niedergelegt.

§ 1 Absatz 1 Satz 2 Nummern 1 bis 5 CoronaImpfV bestimmt, welche Personen generell anspruchsberechtigt zur Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 nach den Bestimmungen der Verordnung sind. Dies betrifft insbesondere Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in der Bundesrepublik Deutschland haben (Nummer 2), aber auch Personen, die in Deutschland in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung versichert sind (Nummer 1). In diesem Zusammenhang weist der Ausschuss darauf hin, dass zum letztgenannten Personenkreis hierbei durchaus auch Personen gehören können, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben. Denn liegt eine deutsche Krankenversicherung vor, kommt es für den Anspruch auf Schutzimpfung auf den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr an. Eine Versicherung in einer deutschen gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung kommt insbesondere aufgrund eines deutschen Arbeitsvertrages, aber auch aus sonstigen Gründen in Betracht.

Der Petitionsausschuss weist darüber hinaus darauf hin, dass sich der aufgrund § 1 Absatz 1 CoronaImpfV bestehende Impfanspruch im Grundsatz aber nur auf eine Schutzimpfung in Deutschland und damit nicht im Ausland bezieht. Die Durchführung der Verordnung und damit auch der Impfungen erfolgt durch die Bundesländer auf deren jeweiligen (Landes-)Gebiet. Nach der grundsätzlich nicht zu beanstandenden Wertung des Verordnungsgebers soll diese sich in erster Linie an dem Infektionsschutz der in



Deutschland lebenden Wohnbevölkerung ausrichten. § 1 Absatz 1 CoronaImpfV knüpft deshalb auch gerade nicht an die deutsche Staatsangehörigkeit an.

Der Ausschuss betont, dass gleichwohl auch bestimmte im Ausland lebende Personen explizit anspruchsberechtigt für eine Schutzimpfung im Ausland sind, vgl. § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 CoronaImpfV. Hierbei handelt es sich um im Bundesinteresse im Ausland tätige Personen, unter anderem auch Beschäftigte deutscher Auslandsvertretungen an Dienstorten mit unzureichender medizinischer Versorgung oder Personen, die in besonders relevanter Position im Ausland bei deutschen Auslandsvertretungen tätig sind. Bei Personen, die sich aus anderen Gründen im Ausland aufhalten, ist nach der Konzeption der Verordnung zwischen zwei Kategorien zu differenzieren: zum einen im Ausland ansässige deutsche Staatsangehörige, die – insbesondere aufgrund des Bestehens einer deutschen Krankenversicherung – von der CoronaImpfV erfasst werden, und zum anderen solche, die nicht anspruchsberechtigt nach der Verordnung sind. Für die erstgenannte Personengruppe besteht die Möglichkeit, sich für eine Impfung nach Deutschland zu begeben oder gegebenenfalls an Impfprogrammen im Aufenthaltsstaat teilzunehmen. Die nicht von der CoronaImpfV erfassten Auslandsdeutschen unterfallen in der Regel ausschließlich den Gesundheitssystemen und medizinischen Rechtsrahmen ihrer Gastländer.

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Erläuterungen lässt sich zu der mit der Petition konkret vorgebrachten Forderung ergänzend auf folgende Aspekte hinweisen:

Aus den Bestimmungen der Verordnung ergibt sich, dass gerade nicht jede oder jeder Beschäftigte einer deutschen Auslandsvertretung im Ausland anspruchsberechtigt nach der CoronaImpfV ist, sodass es zumindest derzeit kein allgemeines „Impfprogramm der Botschaftsangehörigen“ gibt. Über die genannten Fälle hinaus besteht daher auch für die Beschäftigten deutscher Auslandsvertretungen einzig die Möglichkeit, an einem Impfprogramm vor Ort teilzunehmen oder sich für eine Impfung nach Deutschland zu begeben, sofern eine Berechtigung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 CoronaImpfV vorliegt.

Soweit mit der Petition auch die Vorschriften des Konsulargesetzes (KonsG) angesprochen werden, merkt der Ausschuss Folgendes an:

Die Ausführungen in der Petition sind insoweit zutreffend, als für sich im Ausland befindliche Deutsche – unabhängig vom Grund des Aufenthalts – ergänzend die



Bestimmungen des KonsG und damit insbesondere die Vorschriften über die Unterstützung in Notsituationen durch die Konsularbeamten gelten, vgl. §§ 5 ff. KonsG. § 5 Absatz 1 KonsG sieht vor, dass die Konsularbeamten einzelnen hilfsbedürftigen Deutschen die erforderliche Hilfe leisten sollen, wenn die Notlage auf andere Weise nicht behoben werden kann. § 6 Absatz 1 KonsG trifft Regelungen bei (drohendem) Eintritt von Naturkatastrophen, kriegerischen oder revolutionären Verwicklungen oder vergleichbaren Ereignissen, die der Bevölkerung oder Teilen von ihnen Schaden zufügen. Die Konsularbeamten sollen hier die erforderlichen Maßnahmen treffen, um Deutschen Hilfe und Schutz zu gewähren.

Der Petitionsausschuss ist sich bewusst, dass die Einzelheiten des Rechtsanspruchs auf staatlich gewährte und kostenlose Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 explizit durch die CoronaImpfV geregelt wurden, deren Bestimmungen insoweit als *lex specialis* auch den allgemeinen Vorgaben des KonsG über die konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger im Ausland vorgehen müssen. Der Ausschuss betont auch, dass aus den §§ 5, 6 KonsG regelmäßig nicht abgeleitet werden kann, dass die deutschen Auslandsvertretungen gegenüber im Ausland ansässigen Deutschen eine allgemeine Verantwortung für den Bereich der gesundheitlichen Prävention trifft. Etwaige Vor- oder insbesondere auch Nachteile, die sich aus der Wohnsitznahme im Ausland ergeben und sich auf zahlreiche Lebensbereiche – z. B. auch den sozialen oder Gesundheitsvorsorgebereich – erstrecken, können auch nach Auffassung des Ausschusses nicht in ihrer Allgemeinheit durch konsularische Maßnahmen ausgeglichen werden. Insoweit ist stets eine Abwägung zu treffen, ob tatsächlich eine akute Notlage für im Ausland ansässige deutsche Staatsangehörige vorliegt oder ob im Einzelfall lediglich das allgemeine – durch die Wahl eines bestimmten Wohnsitzstaates möglicherweise auch veränderte – Lebensrisiko betroffen ist.

Gleichwohl hat der Ausschuss auch Verständnis für das mit der Petition vorgebrachte Anliegen. Die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 hat Menschen und Staaten weltweit vor präzedenzlose Herausforderungen gestellt. Durch die Pandemielage drohen abstrakte Gefahren für Leib und Leben, die mittels gewöhnlicher Gegenmaßnahmen nicht abgewehrt werden können. Dies gilt umso mehr, soweit Länder oder Regionen mit prekärer gesundheitlicher Versorgung und daher auch nur unzureichenden eigenen



Impfprogrammen betroffen sind. Ebenfalls können weiterhin vorhandene Reise- und Einreisebeschränkungen sowie Quarantänebestimmungen für Auslandsdeutsche, die im Inland nach der CoronaImpfV dem Grunde nach anspruchsberechtigt wären, beträchtliche Hindernisse darstellen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Rechtsgedankens der §§ 5, 6 KonsG erachtet es der Ausschuss – auch unter Berücksichtigung der oben stehenden Ausführungen – als angemessen, die Problematik der Unterbreitung von Impfangeboten an im Ausland lebende deutsche Staatsangehörige erneut zu beleuchten und einer praktikablen Lösung zuzuführen.

Um zu erreichen, dass die Bundesregierung das Anliegen der Petition in entsprechende Diskussionen und politische Entscheidungsprozesse einbezieht, empfiehlt der Petitionsausschuss daher, die Petition der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Gesundheit – als Material zu überweisen.